

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Veransagt geben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Mädersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:
Berlin O., Mädersdorferstraße 60.
Wonnements-Bestellungen, Anzeigen &c. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.
Schluß der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Nummer 17.

Berlin, den 28. April 1907.

8. Jahrgang.

Kollegen, betreibt mit Hochdruck die Frühjahrsagitation!

Inhaltsverzeichnis.

Die Generalversammlung. — Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands im Jahre 1905 und 06. — Zum Kapitel „Frühjahrsagitation“. — Mundschau. Der zweite christlich-nationale Arbeitertag. Der Jahresbericht des Centralverbandes. Der Gutenberg-Denkmalverein. Der bayerische Eisenbahnarbeiterverband. Der bayerische Arbeiter- und Arbeitervater. Schmidt läuft hier blinden. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Rheinisch-Westfälisches Tarifgebiet. St. Johannisbrücke. Bremen. Monsdorf. Bergedorf. Breitenau. Neukölln. — Der Verbandsgebiet. — Literarisches. — Bekanntungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Die Generalversammlung.

Die ersten Tage der Generalversammlung liegen hinter uns. Sie waren getragen von einem echten Idealismus und gefunden Realismus, wobon wir erwarten können, sie zur gefundenen Weiterentwicklung unseres Verbandes ragen werden.

In der alten Residenzstadt Kassel, mit ihrer historischen Vergangenheit und den an eine ehemalige Herrschaftserinnernde Baudenkämlern, übertrug von der Wilhelms- und ihrer auf schwindelnder Höhe befindenden Kraft, vermittelten sich am Sonntag nachmittag die Delegierten 73 an der Zahl, nebst den Hauptvorstandsmitgliedern und den Bevollmächtigten im herlich geschmückten Rathausaal. Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Kassel, Kollege Horbmüller, begrüßte die erschienenen Delegierten und Verbandsfunktionäre im Namen der Kasseler Kollegen.

Zentralvorstandsvorsteher Kollege Wiedeberg eröffnete die Generalversammlung; er gebäude zunächst in bewegten Worten seit der letzten Generalversammlung aus dem Leben niedergedrungenen Kollegen, vor allem Josef von Mölln, Heinrich Schmid und Johann Nonnen. Die Anwesenden ehrten Andachten an die Toten in der üblichen Weise. Manches sah man hierbei in feuchtem Glanze schwimmen.

Für den Abend hatten die Kasseler Kollegen eine hübsche Abendfeierlichkeit bereit, welche in schönster Harmonie lief. Zu derselben waren auch Vertreter der Kasseler öffentlichen Behörden beider Konfessionen erschienen, welche begeisterten Worten den christlichen Gewerkschaften ihre wahre Sympathie bekräftigten.

Am Montagnachmittag nahm die Generalversammlung ihrer eigentlichen Tätigkeit den Anfang. Zu Leitern kamen wurden Wiedeberg-Berlin und Schmidt-Böhm. Durch Beschluss der Delegierten wurde den Bevollmächtigten das Stimmrecht erteilt.

Als Vertreter des Regierungspräsidenten von Kassel Regierungsrat Roetger erschien, welcher die Generalversammlung im Auftrage des Regierungspräsidenten leitete, und versichern ließ, daß er dauernd den Christlichen Gewerkschaften sein Interesse zuwende.

Die Kritik an dem Geschäftsbericht war eine gesunde. Mängel und Fehler wurden herausgegriffen und Verbesserungsvorschläge gemacht. Alas allen Ausführungen konnte man die Befriedigung über die gemachten Fortritte erkennen.

Hinsichtlich der Zentralisation in den Zahl- und Vertragsstellen wurde beschlossen, daß in einem Lohnamt nur eine Verwaltungsstelle bestehen darf, welcher alle Berufe anzuschließen haben. Damit hat die Generalversammlung endgültig einen Streitpunkt aus der Welt geschafft, was nur zum Vorteile des Verbandes gereichen kann. Der Titel des Verbandsorgans erhält den Zusatz „Steinarbeiter“.

Ein erhöhtes Eintrittsgeld für ausgetretene Mitglieder vorzehben, bleibt den Verwaltungsstellen überlassen, und ist dasselbe unterkärt der Tarifstafle zu. Die Bestimmung, daß keine Mitglieder unter 17 Jahren aufgenommen werden dürfen, wurde gestrichen.

Die Beiträge bleiben die gleichen, nur wurde die unterste Stufe mit 25 Pfennig fallen gelassen und die Arbeitslosenstufe auf 25 Pf. erhöht. Letzteres aus dem Grunde, weil der Mißbrauch damit betrüben würde.

Die Krankenunterstützung wurde auf 26 Wochen ausgestreckt; die zahlreich beantragten Erhöhungen der übrigen Entlastungen müssen mit Rücksicht auf die bestehenden Vollmachten zurückgestellt werden.

Die gehobenen Sitzung wurde über Tarif bei Lohnabgängen und den uns benötigenden Kampfen mit den Arbeitgebern verhandelt. Mit Rücksicht auf das Jahr 1908, welche bestrebt einen Erneuerung von acht Wochen abzuholen, werden Verhandlungen fortgesetzt werden.

Die Gewerkschaftsleitung wurde auf 26 Wochen ausgestreckt; die zahlreich beantragten Erhöhungen der übrigen Entlastungen müssen mit Rücksicht auf die bestehenden Vollmachten zurückgestellt werden.

beitrag zu leisten, wenn es nicht der Mitgliedschaft verlustig gehen will.

Eine bessere Tat konnte die Generalversammlung wahrlich nicht begehen. Damit stellen wir uns allen Eventualitäten gegenüber sicher. Hinsichtlich sehen dies unsere Mitglieder ein und leisten genannten Beitrag nicht widerwillig, sondern mit Freude; geschieht es doch nur in ihrem eigenen Interesse.

Mit der Haltung des Verbandsorgans erklärte sich die Generalversammlung einverstanden. Gewünscht wurde, daß die Versammlungsberichte eine Einschränkung, dagegen Artikel allgemeinen sozialen Inhalts eine Erweiterung erfahren möchten. Eine Vergrößerung des Organs wurde dahingehend beschlossen, daß die „Baugewerkschaft“ von jetzt bis Oktober, der Zeit der Lohnbewegungen, abwechselnd einmal vier- und einmal achtseitig erscheinen soll. In den Wintermonaten dagegen vierseitig. Dem Centralvorstand wurde es anheim gestellt, sie von April nächsten Jahres an ständig achtseitig erscheinen zu lassen.

Der Versammlungskalender erfährt insofern eine Einschränkung, als jede Versammlungsanzeige eigens eingangs werden muß, außerdem sind 15 Pfennig für die Zeile zu entrichten. Hinsichtlich führt dies dazu, daß die Zahl- und Verwaltungsstellen sich Versammlungstemper zu legen und die Belämmigung auf den Kopf des Organs selbst aufzudrücken.

Über Verkürzung der Arbeitszeit referierte Kollege Koch-Danzig. In ausgezeichneter Weise verstand er es, von kulturellen, sittlichen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus unsere Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit zu begründen. Folgendes liegt bezgl. Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist aus gesundheitlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen eine unumgängliche Notwendigkeit; die Anforderungen der Leistungen an die Arbeiter werden durch eine immer mehr überhand nehmende Arbeitsstellung, bautechnische Verbesserungen, kurze Pausen usw., fortwährend zu steigern verpflichtet. Der häufige Wechsel der Arbeitsplätze und der Umstand, daß die baugewerblichen Arbeiter im größtentheil aus ländlichen Bezirken rekrutiert und vielfach mehrere Stunden von dem Industrieort entfernt beheimatet sind, bedeutet für sie ohnedem eine geringere Möglichkeit zur Teilnahme an den geistigen Gütern der Wirtschaft und Kultur. Die Funktionäre des Verbandes werden daher aufgefordert, bei Frage der Arbeitszeit eine erhöhte Aufmerksamkeit zu gewähren. Bündigt ist in Orten mit mehr als zehnständiger Arbeitszeit bei Tarifverträgen eine Verkürzung mit Nachdruck anzufordern. In sozial- und wirtschaftlich höher entwickelten Bezirken ist ähnlich auf eine weitere Verkürzung Bedacht zu nehmen. Im Steinarbeiterberufe wird die Verordnung des Bundesrates vom 20. März 1902 noch sehr häufig umgangen. Die zurzeit bestehenden Strafbestimmungen sind daher schärfster zu handhaben, die auf Sandsteinarbeiter bezüglichen Bestimmungen sind auf alle Steinarbeiterberufe auszudehnen. Die hohen Straheits- und Unfallziffern bei den Arbeitern der Steinindustrie können hauptsächlich nur durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit verringert werden.

Unsere Stellung zu den Tarifverträgen präzisierte Kollege Lange-Köln. Ausgehend von der Entwicklung unserer heutigen Wirtschaftsverhältnisse und der dadurch bedingten Abhängigkeit des modernen Lohnarbeiterstandes bezeichnet er den Tarifvertrag als ein Mittel, welches das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters anerkennt, beiden Seiten, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, in geschäftlicher Sinngabe eine gesunde Grundlage gibt und die sich steigernden Lohnkämpfe zu verhindern geeignet ist. Eine dahingehende einstimmig angenommene Resolution lautet:

Der korporative Arbeitsvertrag ist zurzeit die vollkommenste Form zur Wahrnehmung der Rechte der Arbeitgeber und Arbeiter bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Gegenüber den verschiedenen Umsetzungen des Tarifvertragswesens aus der letzten Zeit erklärt die Generalversammlung des Verbandes christlicher Bauhandwerker und Bauarbeiter: Die Tarifverträge verhindern die einseitige Ausübung wandlerader Sonderfunktionen und sind daher ein geeignetes Mittel zur ruhigen Entwicklung des Gewerbes sowie zur Sicherheit und zur dauernden Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter. Auch werden durch Tarifverträge die unsolide Schmutzfunktion im Gewerbe eingedämmt, die klassengegenseitige Auseinandersetzen zwischen Arbeitern und Unternehmern auf die Dauer gemildert und das soziale Verständnis beider Parteien gefördert. Diesem Zwecke dienen sie am sichersten, wenn sie langfristig vereinbart und wenn zur Sicherung von Differenzen Einigungsformulationen eingefestigt werden. Die vereinbarten Tarifverträge sind unter allen Umständen von den vertraglich bindenden Parteien einzuhalten und durchzuführen. Im Hinblick auf die große Zahl der bereits gefestigten privaten Vereinbarungen bedarf das Tarifvertragswesen einer rechtlichen Unterlage. Diese ist bestmöglich durch die Tarifvertragsgesetzgebung herzuführen.

Wir haben in Vorhabe nur das uns für am wichtigsten erscheinende tun zu gestreift. Die ausführliche Erörterung sämtlicher Verbandsbelange muß den Delegierten sowie dem neuen Verbandsstatut überlassen bleiben.

Im den Verbandsvorstand wurde als erster Vorsitzender Kollege Wiedeberg wiederum Schmidt-Böhm als zweiter

Vorsitzender neu gewählt. Zum Kassierer wurde Jacob-Berlin wiedergewählt.

Mit Worten des Dankes an die Delegierten und ihrer aufopfernden Tätigkeit, verbunden mit dem Wunsch, daß auch der diesjährige Verbandstag zum Wohle des Verbandes gereichen möge, fand der vierte Verbandstag nach 3½-tägiger Dauer mit einem kräftigen Hoch auf den Centralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter sein Ende.

Hervorgehoben zu werden verdient, daß auf der Generalversammlung ein gewaltiger geistiger Fortschritt sich bemerkbar machte. Sämtliche Ausführungen hielten sich in durchaus sachlicher Form und zeugten von großer Sachkenntnis. Das ist befriedigend, wird hierdurch doch die Erziehungsarbeit der Gewerkschaft am besten illustriert.

Mögen nun die Verbandsdelegierten sowie jedes einzelne Mitglied für die strenge Durchführung der Verbandsbeschlüsse eintreten. Dann werden wir in zwei Jahren in gleicher Weise berichten können.

Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands in den Jahren 1905 u. 06.

II.

Beitragssatzung und Kassenwesen.

Der vorige Verbandstag zu Darmstadt hat eine Aenderung in der Höhe der Beiträge nicht vorgenommen; jedoch sah er sich veranlaßt, um vielen Streitfragen aus dem Wege zu gehen, die Übergangssatzung von einer zur anderen Beitragssatzung genauer zu präzisieren. Dieses hat bewirkt, daß die niedrigen Beitragssätze, die in den früheren Jahren mit Vorliebe von vielen Verwaltungsstellen erhoben wurden, zurückgegangen, bagegen die höheren gestiegen sind. Dieses zeigt uns eine Gegenüberstellung:

Beitragssatz	1904	1905	1906
	Berl. Marken	Berl. Marken	Berl. Marken
I (25 Pf.)	68 846	46 799	41 843
II (30 Pf.)	61 295	99 447	82 045
III (35 Pf.)	89 899	91 719	153 954
IV (40 Pf.)	97 562	118 650	118 687
V (45 Pf.)	66 555	108 288	167 979
VI (50 Pf.)	17 835	124 988	163 857
VII (55 Pf.)	18 821	68 686	143 677
VIII (60 Pf.)	21 264	49 674	217 429
IX (65 Pf.)	—	22 224	59 843
X (70 Pf.)	—	—	457
XI (75 Pf.)	1 088	2 840	8 794
Arbeitslosen	15 859	88 711	44 844
Summa	448 469	759 400	1 196 359

Zu berücksichtigen, hierbei ist zwar auch die eingetretene Bohnerhöhung und zunahme der Mitgliederzahl, jedoch ist unverkennbar, daß die Regulierung unseres Status § 17 dazu beigetragen hat. So haben wir z. B. im Jahre 1904 bei durchschnittlich 12 676 Mitgliedern noch 68 846 verlaufte Marken zu 25 Pf. zu verrechnen, wogegen im Jahre 1906 bei durchschnittlich 33 959 Mitgliedern nur 41 843 verlaufen wurden. Die 60 Pf.-Beitragssatzung stieg dagegen von 21 264 im Jahre 1904 auf 217 429 verlaufte Marken im Jahre 1906. Es zeigt dieses aber auch weiter von der zunehmenden Opferbereitschaft unserer Kollegen. Sie haben erkannt, daß niedrige Beiträge nicht in ihrem eigenen Interesse und in dem des Verbandes liegen.

Die Durchschnittsleistung an höchstens Beiträgen beträgt:

Im Jahre 1904 62,00 Marken pro Mitglied

1905 56,73

1906 55,23

Es ist demnach ein Rückgang in der Durchschnittsleistung bei den Beiträgen gegen 1905 zu verzeichnen. Es ist dieses zum Teil auf die starke Zunahme unserer Mitgliederzahl und die große Fluktuation zurückzuführen. Sicherlich zeigt es uns aber auch, daß noch mehr wie bisher auf die Erhebung der Beiträge geachtet werden muß. Die Auslastung muß starker gehandhabt werden und wo diefelbe noch nicht eingeführt ist, muß dies geschehen.

Die Durchschnittsleistung beträgt:

Im Jahre 1905 15,41 Mark

1906 16,80

Der Durchschnittswochenbeitrag beträgt in etwa 10 Pfennige.

Im Jahre 1905 40 ½ Pf.

1906 46 ½

Die Durchschnittswochenleistung an Beiträgen ist demnach gestiegen. Dieses ist für die Mitglieder als auch die Verbandsfasse eine freudige Erhebung. Möge diese Überhöhung anhalten. Dementen wir hierbei noch, daß die Beiträge für die Sozialklassen in obigen Summen mit enthalten sind. Nach hierin ist ein Fortschritt zu konstatieren. So wurden im Jahre 1905 von 55 Verwaltungsstellen ein Beitrag von 5 Pf. pro Woche und von 11 Verwaltungsstellen ein Beitrag von 10 Pf. pro Woche erhoben, dagegen im Jahre 1906 123 Verwaltungsstellen mit 5 Pf. und 28 mit 10 Pf. Vorausgeschlagen.

Die Staffenbeschaffung

stellen wir in den Beitragsjahren wie folgt:

A. Barweltungsfelde.

Einnahme	1905		1906	
	A	B	C	D
• Eintrittsgebühren	10904	50	15069	-
Wöchentlichen Beiträgen	818632	08	558648	87
Erbaubeiträgen	1571	26	547	85
Zuschlagsbeiträgen	1867	70	8054	79
Vigilationsbeiträgen	9546	78	19774	55
sonstigen Einnahmen	18146	82	12724	16
Reineneinnahme	881618	61	604814	92
Dazu Stassenbestand am Schluße des vorig. Jahres	26851	51	88110	81
Summa	108470	12	643925	08

Zum Kapitel „Frühjahrsagitation“

Der bayerische Eisenbahnerverband veröffentlicht seinen Jahresbericht. Aus demselben geht hervor,

namter Verband im bezug der dienstlichen, sozialen und
schaftlichen Verhältnisse seiner Angehörigen eine überaus
reiche Tätigkeit ausübte und das Vertrauen der Eisenbahn
in ausgezeichneter Weise erworben hat. Deutlich ist
auch in den Mitgliederzahlen zum Ausdruck. Am Schluß
des Jahres 1905 gehörten dem Verbande 19 500 Mitglieder.
Daher steigerte sich bis zum Jahresende auf 23 811.
Zielsetzungen des Verbandes zu den anderen christlichen
Gemeinden haben sich seit dem Anschluß an den Gesamt-
verband wesentlich verbessert und haben sich eine Anzahl von
Gemeinden (Zahlstellen) bereits den Ortskarten ange-
schlossen. Das Verbandssekretariat wurde im Laufe des Jahres
mehr als 3000 Fällen in Anspruch genommen, und
Wohlfahrtseinrichtungen des Verbandes konnten wie
segensreiche Wirklichkeit entfalten. Auf sozialem und die-
ser Gebiet wurden durch die Tätigkeit der Organisation im
Jahre 1906 stämmisch für das Taglohnpersonal man-
gelfreie Besserungen erreicht; es sei beispielsweise nur an die all-
gemeine Lohnaufbesserung, die Teilnahme der Lohnarbeiter an den
sozialen Lohnvorrückungen, die Besserstellung des Alters-
bezugs, die Revision der Berechlichungsvorschriften.
Das Verbandsorgan „Der Eisenbahner“ erschien am
Schluß 1906 in einer Auflage von 24 300 Exemplaren
als gleichzeitiges Publikationsorgan des Verbandes des
Eisenbahnerpersonals, das sich vor einigen Jahren vom
Bayerischen Verkehrsverein getrennt hat. Nach dem
Bericht für 1906 nennt der Verband ein Vermögen von
Mark 61 Pf. sein eigen. Die 11. Generalversammlung, wo
am 4. und 5. März in Neimpfen stattfand, hatte eine Reihe von
Frageen organisatorischer Natur zu lösen, damit der Ver-
band im zweiten Jahrzehnt seines Bestehens den erweiterten
Aufgaben, und der damit verbundenen größeren Verantwortung,

Arbeiterzerplitterer und Arbeiterverräte. Man nennt „Metz“: Bei der Aussperrung in der Holzindustrie Berlin haben sich die christlichen Holzarbeiter bekanntlich den freien Verbänden solidarisch erklärt. Es ist dieser Ort, zu untersuchen, ob das tatsächlich stug und richtig, sondern besonders weil sofort nach Eintritt der Aussperrung sich „Metz“ organisierte Mitglieder der sozialdemokratischen Freiheit selbstständig machten und nun zu „ihren“ (?) Werken ihre bisherigen, sie aber fest aussperrenden Arbeitgeber bringendsten Arbeiten besorgten, damit die Arbeitgeber nicht lange die Aussperrung quäseln.

Dass die „freien“ Verbände, trotz der gegenteiligen Angabe Hues im Reichstag, sich als die alleinberechtigte Intervertreter fühlen, auch wenn sie sich gern die Christlichen gefallen lassen, bestätigt jetzt der „Vorwärts“

„Der von den Unternehmern vorgelegte Tarifentwurf ist in seinem Titel unerreichbar. Es sollen nämlich Dunkerschen und christlichen Holzarbeiter als

Also hier gibt der "Vorwärts" unumwunden zu, dass der Vertrag, der das Prinzip der Gleichberechtigung auf den sozialdemokratischen Organisationen aufstellt, ungünstig ist. Denn es ist doch tatsächlich gleichgültig, wieviel Mithilfe die Orte augenblicklich sind. Bleiben nun die nichtsozialistischen „Hirsche“ und die „Christlichen“ bei einer Ausbreitung stehen, so können sich die sozialdemokratischen Organisationen gar nicht genug tun über Streitkram und Arbeitsergebnisse. Wirklichkeit sind sie aber die Arbeitgeberäte, welche die Unzufriedenheit jeden Arbeitenden zurückstoßen. Werden die Berliner sozialdemokratisch organisierten Holzarbeiter, wenn jetzt die Berliner Christlichen sagten: Da möglicherweise unseres Gestaltungsgenossen die Gleichberechtigung ist, so könnten Sie nun auch in Berlin auf unsere Mithilfe hoffen? 11. 9. 1911

Schmit — das läßt tief blitzen! Ein in der Vergangenheit wohl einziger vorausgehender Fall war am 26. Januar einer Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Vorsitzende des Bahlstelle Köln des sozialdemokratischen Arbeiters-Verbandes hatte am 29. Mai 1903 mit dem Vorsitzenden der Sturm-Di-West-Fabrikanten

ist zugleich der zittima zu Wont folgenden Vertrag geschlossen.

- 1 -

Rundschau.

1998-2000

	Bilanz	1905	1906
Einnahme nach Stoffaufwand der Jahre 1904/1905		46	46
		347 590.01	507 441.93
Abgang		204 621.14	354 208.06

Die ersten drei Jahre 1905/1906

Бетонобетонкафштейн	1905	1906
Бетонобетон из бет. бетонбете - - -	62 968,57	173 149,87
Зн. для Бетонобетонкафштейн Бетонбетонкафштейн	110 061,68	8 863,36
Бетонобетон из бет. Бетонбетонкафштейн	181 746,54	(65 746,03)
Бетонбетонкафштейн	21 777,04	247 752,25
Суммарная сума Заказов для 1904/1905	68 113,90	94 777,04

Recht gegen den Kapitalismus 28 523 38 142 975 21
Blaue Auflösung des Unterrichtsblattes für Jahre 1906-Grundschule
und als Wiederholungsunterricht. Diese Blätter haben
die gleiche Anordnung wie die anderen 1906 herausgebrachten
Unterrichtsblätter und sind in der gleichen Weise ausgestaltet.
Sie sind in drei Teile unterteilt: 1. Theorie, 2. Praktische
Übung, 3. Übungsaufgaben. Die Theorie ist in Form von
Vorlesungen, die Praktische Übung in Form von Übungsaufgaben
und die Übungsaufgaben in Form von Übungsaufgaben.
Die Theorie ist in Form von Vorlesungen, die Praktische
Übung in Form von Übungsaufgaben und die Übungsaufgaben
in Form von Übungsaufgaben.

[Solve](#) [Create](#) [Share](#)

Freie Religions- und Sektenfreiheit bis ins Jahr 1906 gewährt, als die Nationalsozialisten nach dem Sieg über das Reichstag am 30. Januar 1933 diese Rechte wieder aufheben. Von diesem Zeitpunkt an ist die Freiheit der Religionen und Konfessionen in Deutschland verboten.

卷之三

er Gutenbergbund, eine dem Gesamtverband kirchlicher
Gesellschaften angehörende Buchdruckerorganisation, hatte im
1906 eine Einnahme von 106 497,85 M. und eine Aus-
gab von 66 197,95 M. Erheblichstes des Betriebes aus frühe-
ren Ergebnissen am Schluss des Jahres ein Kassenbestand
35 857,87 M. Der Jahresabschlußbericht gibt ein erstaunliches
Angebot von Vermögen, aber doch keinem Buchdruckerei und
Buchbinderei finanziellen Erfolgen des Gutenbergbundes. Der
Gesamtbetrieb ging von 2693 auf 2763. Die Beiträge er-
reichten das Vorjahr ein Wert von 2333,90 M. In den
Jahren 1894 bis 1906 zahlte der Gutenbergbund insgesamt an
die Unterfranken 236 847 M., Wehrlosen-Unterstützung
Orte 144 094,75 M., 1) 20 120,55 M., Sterbehilfe-Unter-
stützung 10 000 M.

re die Werte 2 gestaffelte Schießzeiten und muß nach der film-
tisch verfestigten Ausführung in 277 Ausbildungseinheiten 36984
für die Verteilung machen. In dieser Art verzweigt
durchaus entsprechend des Aufgabenmaßes von
277 eine Summe von 220740 M. ; demnach haben wir
eine Summe von 24920 M. gegenüber. Die Hauptsumme
wurde auf 777777777 M. 9706 M. für Straßenbahnen 3655
und Motorwagen und 11656 M. zur Rechnungserledigung.
Die

ung wohl sehr fraglos sei, um es zu folgendem Vergleich: Es wird erklärt, daß er Herrn Klein nicht habe vorwerfen können, daß er am 25. März seinen Vertrag geschlossen habe mit der Art der Vertragsschließung als Interessen der Arbeiter schädigend hinstellen wollen. Diesen Tag nahm Klein an und hat womit selbst schwarz auf weiß gekennzeichnet, daß er mit dem Abschluß genannten Vertrages die Arbeiterinteressen geschädigt. — Was man Schwarz zu bestätigen kann man gern nach Hause tragen und man kann den Schaden über die sozialen Gewerbeinstatthalter moralisch verhindern, damit gelegentlich das Zürcher vom Gesicht verschwindet.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugestanden: Blaibach, Steinarbeiterausperrung, Düsseldorf-Eierenfeld, (Chem. und Montanwerke), Maurerstraße, Düsseldorf-Sperre über die Firma W. L. Eichling (Maurer), Ausperrung (Maurer, Baubüroarbeiter und Zimmerer), (Maurer), Weihenstephan, C. Ausperrung (Maurer, Maurer u. Baubüroarbeiter), Ehndorf, Angen (Steinarbeiter), (Dachdecker), Gummier (Maurer), W. Gladbach (Ausstellung, Maurer, Zimmerer und Baubüroarbeiter), St. Ingbert, Böckum (Stiegenleger) Stiel.

Bezirk Brandenburg.

Berlin. Das Einigungskomitee fällt in Sachen der hiesigen Bewegung folgenden Schiedsspruch:

Das Einigungskomitee empfiehlt den Parteien unter Berücksichtigung des augenblicklichen Lage im Baugewerbe: einen Tarifvertrag von berufsjäger Dauer abzuschließen; den Beizlohn im ersten Jahre um drei Pfennig, in den folgenden Jahren um je zwei Pfennig pro Stunde zu erhöhen; während der dreijährigen Tarifvertragsdauer die jetzige Arbeitszeit beizubehalten."

Der Schiedsspruch unterliegt nun der Zustimmung der gegenüberstehenden Parteien. Die zentral sowie lokalorganisierten Städte haben ihn bereits abgelehnt. Damit ist allerdings noch besagt, daß es nun zum Kampfe kommen dürfte.

Bezirk Hannover.

Algermissen. Nach längeren Verhandlungen ist es uns gelungen, hier einen neuen Sohuttarif mit den Meistern geschlossen. Wenn auch einige nebenstehende Punkte gekämpft werden müssen, so haben wir doch unsere Lohnforderung von 81 Pf. die Stunde für die Maurer und Zimmerer, und 84 Pf. Baubüroarbeiter glatt durchgedrückt. Wenn man die Löhne drei Jahren bei Gründung unserer Zahlstelle mit den jetzigen im Orte vergleicht (vor zwei Jahren wurden hier durchschnittlich 80 Pf. Grundlohn gezahlt), so kommt man unwillkürlich zu der einzigen richtigen Ansicht, daß ein solcher Aufschwung nur durch eine frische Organisation erreicht werden kann. Leider gelang es uns nicht, den Tarif auf länger als ein Jahr abzuschließen. Über gerade dies sollte den Kollegen in Bremen sein, siehe die Versammlungen fleißig zu besuchen, auch in der Agitation fleißig zu arbeiten. Denn teuren wir Organisation den Rücken, so wird es nicht lange dauern, bis wir genau wieder da, wo wir gewesen sind.

Bezirk Bremen.

Wiederum die festigen Maurer, Zimmerer und Baubarbeiter es ablehnen, den von den Arbeitgebern vorgelegten Tarif, welcher Verstärkungen gegen selber enthielt, zu akzeptieren, erledigte alle Arbeiten des Baubüros ihre Funktion. Dieselbe stand am 4. Mai ab. Nach dem provisorischen Vorgehen der Unternehmer wollen dieselben den Tag auf, bis sie einen neuen Tarif haben, wir sind vorbereitet. Und werden wir zu hoffen wissen, daß es ihnen ein zweites nicht danach gelingt. Die wachsende Baumarbeiterchaft hat die Feuerprobe zu bestehen, möglicherweise sie zeigen, daß sie zu den Amisandeinrichungen.

Eilenburg. (Steinarbeiter.) Hier stehen wie schon Bremen im Kampfe um unsere gerechten Forderungen. Steinbrucharbeiter glauben den Distanzmeistern hervorragend zu müssen. Andererseits haben sie nicht an einer solche Energie ihrer Arbeit gedacht; daher auch der Verger, der will, mit ihren Arbeitern verhandeln, aber nicht der Organisation, und erst recht nicht mit einem Vertreter des Verbandes. Die Herren wissen auch wohl noch, daß den kleinen Arbeitern dann man viel leichter verhandeltere Forderungen aufzutropfen. Vielleicht einer mit denselben statuten dass sie durch eine weitere Verhandlungen nicht geführt werden. Vielleicht planen die Arbeitgeber, die Geduld und der der Zeitfindenden Kollegen sei bald erschöpft und würden eben wieder zur Arbeit zurückkehren. Vielleicht sind die zu diesem in ihrer Ansicht bestärkt worden, weil sie Arbeitswilligen gehörten, welche sie jetzt als unsere Kämpfer wünschen. Untereinander noch nicht durch jede Charaktere mutlos und machen. Sie bleiben jetzt und auch die Arbeitgeber einen einzelnen lernen, daß sie auf die Dauer an unseren Ansichten nicht vorüberkommen.

Bezirk Bremen.

Bremen. Nachdem die Arbeitgeber des hiesigen Stiegenleger, den im vorherigen Jahr abgeschlossenen Tarifvertrag annullierten und auf fortwährend weiteren den vereinbarten Zuschlag für ausköhlige Arbeiten zu bezahlen, troppo sie hierzu zweimal vom Einigungskomitee in Wien dazu aufgefordert wurden, sind die Bremischen sämtlicher Organisationen in Streit eingetreten. Zugunsten der Arbeitgebern ist bisher keiner Kleng fertiggestellt.

Nüthen. Die Steinarbeiter von Nüthen und Umgegend in eine Sozialbewegung eingetreten. Zur Februar wurden Arbeitgeber die Forderungen der Steinbacher Steinbrucher, Steinkörper und Salzarbeiter unterstellt. Die Antwort des Arbeitgebers war ablehnend und selbst die geplante Verhandlung führte zu neuem Resultat. Am 16. März haben als sämtliche Kollegen die Sanierung eingereicht. Zugunsten der engagierten Forderungen wollen jetzt teil, um die minimalen Forderungen der Arbeiter erfüllt werden.

Bezirk Danzig.

Selbst, den 2. April, standen fünf niedrige niedrige Kollegen unter und Zimmerer in den Büros und verhandelten. Die Ursache: Am Anfang der verlorenen Sitzung reichten unter den Arbeitgebern von 40 Pf. und für Landarbeiten von 35 pro Stunde eine Menge, auf die die Unternehmer, in Regelung der Baum- und sozialen Arbeitsbedingungen vom 15. Januar 1906 eine gemeinschaftliche Sitzung zu laden. Die Unternehmer forderten aus, daß dieses von 40 Pf. für Arbeitnehmer von 35 Pf. und 40 Pf. zu erhöhen, hielt es aber für unnötig und riet, die gemeinschaftliche Sitzung zu nehmen. 35 Pf. zu erhöhen über die Unternehmer zu und dazu mit der Unternehmung von 35 Pf. auf den Stundenlohn von 2 Pf. zu erhöhen, was sie tun sollten, dann aber die hoffnungslosen Kollegen sie auf der Mindestsumme, die vereinbarten Lösungshilfen, mit dem geringsten Solln. bei den sozialen Arbeitsbedingungen nicht erfüllen könnten und andererseits nicht zufrieden sein würden, sondern mehrere sozialen Arbeitsbedingungen nicht erfüllen könnten. Diese Unternehmer, obwohl sie sich nicht auf die sozialen Arbeitsbedingungen einzustellen, allein verhandelten. Alle Verhandlungen zwischen Kollegen

noch und Darzig, mit den Unternehmern auf freudigem Wege eine Einigung zu erzielen, wurde schriftlich gewiesen, kategorisch verboten die Unternehmer, niemals einen Preisung zu zulassen. In der heutigen Versammlung wurde dann beschlossen, daß vier Kollegen zur Zeitung hier bleiben, die übrigen wollen laufen und besonders den Belpflaster Staub von ihren Füßen schütteln, bis die Herren Unternehmer einsehen, daß auch die Arbeiter ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben haben, und daher weil die gesamten Konsumartikel, sowie Getreide und Mieten riesig gestiegen sind, auch die bisherigen Hungerlöste erhöht werden müssen. Unser Kollegen möchten wir kurzen, harret uns und handelt so, wie auch von unserm Kollegen doch in der letzten Versammlung gefragt wurde, dann wird der Sieg unser sein.

Bezirk Münster.

Warendorf. Wenn irgendwo die Löhne als Lohnen bezeichnet werden können, so war es am besten Ort und in unserer Nachbargemeinde Frechenhorst der Fall; waren doch noch Stundenlöhne von 26 und 28 Pf. für Maurer zu verzeichnen. Um hier nun Wandel zu schaffen, reichten wir unseren Meistern einen Tarifentwurf ein. Es gelang demnach, nachdem einige Verhandlungen stattgefunden hatten, eine Einigung zu erzielen. Nach dem abgeschlossenen Tarifvertrag tritt an Stelle der 11-tägigen 10-stündigen Arbeitszeit und eine Lohn erhöhung für Warendorf von 7 Pf. für Frechenhorst von 5 Pf. in Kraft. Auch die sonst üblichen Punkte fanden in dem Vertrag eine günstige Regelung.

Gronau 1. W. Hier, hart an der holländischen Grenze, können wir auch von dem Abschluß eines Tarifvertrages berichten. Der Vertrag bringt uns statt der 11—12 stündigen Arbeitszeit eine solche von 10 $\frac{1}{2}$ Stunden. Der Lohn steigt für Maurer und Arbeiter um 3 Pf., für Zimmerer um 4 Pf. die Stunde. Für Überstunden sowie Nacht- und Sonntagsarbeiten wird ebenfalls eine Zulage gewährt. Mögen die Kollegen, besonders die holländischen, sich hierfür dem Verband gegenüber dankbar zeigen, namentlich fleißig die Versammlungen besuchen.

Coesfeld. Nach dreiwöchentlichem Kampf ist es uns gelungen, einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Unternehmer haben eingesehen, dass es heute nicht mehr so leicht ist, die Organisation der Arbeiter mit Ansperrungen zu zersprengen. Bei dem Abschluss des Vertrages ist die Organisation anerkannt worden, welches die Arbeitgeber anfänglich verweigerten. Allerdings hat man unseren Bezirksleiter auch noch nicht zu den stattgefundenen Verhandlungen zugelassen. Die Verhandlungen aber an dieser Frage scheitern zu lassen, wäre wohl unklug gewesen. Der Vertrag bietet uns ganz schöne Erfolge. Die Arbeitszeit beträgt 10 $\frac{1}{2}$ Stunden und darf im Winter nicht unter 8 Stunden verkürzt werden. Der Stundenlohn wird vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit um 3 Pf. für Maurer und Arbeiter, für Zimmerer um 4 Pf., und am 1. August nochmals für alle Arbeiter um 1 Pf. erhöht. Ausser der Regelung der Überstunden, sowie Nacht-, Sonntags- und schmutzigen Arbeiten, für welche auch eine festgelegte Zulage gegeben wird, ist bei jedem Meister eine am drei Kollegen bestehende Kommission zur Regelung von Streitigkeiten eingesetzt. Man sieht hier, dass die Einigkeit der Arbeiter vieles vermögen. Unsere Kollegen haben aber auch gezeigt, dass sie für ihre Interessen zu kämpfen imstande sind. Keiner der Ausgesparten ist abgefallen. Die Hälfte hatte Coesfeld den Rücken gekehrt, um in anderen Orten Arbeit zu suchen, welche auch genügend nachgewiesen wurde. Auch waren die Bemühungen der Arbeitgeber Arbeitswillige zu bekommen vergebens, denn so viele nützliche Elemente finden sich nicht mehr. Kollegen, halten wir so weiter an unserer Sache, dann werden wir für die Zukunft noch mehr Erfolg haben.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Verkommunikationen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagabends morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Achtung!

Auf der Generalversammlung zu Kassel ist dem Kollegen Schlesien-Hagen sein Taschennotizkalender verloren gegangen. Da derselbe einige für Schlesien wichtige Notizen enthielt, welche, wenn ihm ein Teilnehmer der Generalversammlung gefunden haben sollte, höchst erlaubt, denselben an Übengenannten gelangen zu lassen.

Rheinisch-Westfälisches Tarifgebiet.

Protokoll des Einigungskomitees für das Plattengewerbe.

Gießen, den 6. April 1907.

Anwesend: Beigeordneter Dr. Bieboldt als Vorsitzender; Rheinland-Essen, Lohbeck-Duisburg, Etterdigi-Essen-Mülheim, Bochum-Essen, Mitglieder des Einigungskomitees; Hüttendirektor Etterdigi-Essen und Arbeiterschaft Rimbach-Essen als unparteiischer Beisitzer; Stadtsekretär Grebe als Protokollführer. Außerdem: Gustav Weise, Ant. Wette, Böckum; Albert Müller, J. Kraft, Th. Ringsdorf, Karl Schilling, Duisburg; Johann Müller, Gien.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr nachmittags. Bei Eintritt in die Tagesordnung brachte er zur Kenntnis, daß Herr Westhoff-Wanne schriftlich mitgeteilt habe, der heutigen Sitzung wegen anderweitiger Anspruchnahme nicht beizutreten zu können. — Es wurde verhandelt bezüglich beschlossen.

Punkt 1 der Tagesordnung. Mitteilung des Beschlusses der Schlichtungskommission Gelsenkirchen vom 5. März 1907, wonach die Vergütung für Verlegen von Platten in Asphalt der freien Vereinbarung zwischen Arbeiter und Unternehmer unterliegt.

Zu Punkt 1: Der Vorsitzende teilte den nebenstehenden Beschluss der Schlichtungskommission mit. Das Einigungskomitee hat gegen den geplanten Beschluss Bedenken nicht zu erheben.

Punkt 2. Bezahlung von Zulagen für Außenarbeiten bei verschiedenen Betriebshäusern.

Zu Punkt 3: Nach eingehender Beratung wurde der in der Sitzung des Einigungskomitees vom 10. Oktober 1906 zu Punkt 1 der Tagesordnung gefaßte Beschluss, wonach bei Ausübung von Außenarbeiten außerhalb des Tarifgebietes Zulagen wie sie in dem erwähnten Beschluss festgelegt sind, gezahlt werden müssen, aufgehoben.

Zu Punkt 3. Bezeichnung der Arbeitsergebnisse wegen Raumimmeinhaltung des Tarifgebietes seitens der Bremen Unternehmen.

Zu Punkt 3: Von dem vom Einigungskomitee in dieser Abgelegten geäußerten Schriftstück gab der Vorsitzende Kenntnis, es wurde hierbei darauf hingewiesen, daß diejenigen Firmen sich außerhalb des abgeschlossenen Kollektiv-Vertrages stellen und den Status des Vertrages nicht genießen, welche den Bestimmungen des Vertrages und den Beschlüssen des Einigungskomitees nicht entsprechen. Das Arbeitsergebnisse werden hierbei eingehend angedeutet. Arbeitsergebnisse werden hierbei eingehend angedeutet.

Zu Punkt 4. Eröffnung der Sitzungen des Duisburger Tarifgebietes.

Zu Punkt 4: Beide Parteien stimmen sich mit den vom Vorsitzenden in Bereit mit den beiden imparitätslichen Beisitzern vorgenommenen Sitzungen des Duisburger Tarifgebietes nicht ein.

Städte sagte auf Ansuchen zu, mit den beiden imparitätslichen Beisitzern die Tarifbegrenzung endgültig festzulegen.

Wurde die Abgrenzung des Tarifgebietes wurden folgende Vorschläge gemacht, die jedoch die Zustimmung der beiden Parteien nicht erhalten.

I. a. Bei Aussichtung von Tagelohn arbeiten bildet die ehemalige politische Gemeinde Duisburg den Tarifgebiet;

b. bei Aussichtung von Tagelohndarbeitern bildet die heutige politische Gemeinde Duisburg den Tarifgebiet.

II. Die heutige politische Gemeinde Duisburg bildet den Tarifgebiet sowohl hinsichtlich der Altord- wie der Tagelohn-Arbeiten. Das Straßenbahnschiffgeld nach Wanheim wird verzögert. Sobald zur Errichtung der Arbeitsstelle die Aufträge benötigt werden müssen, ist für jedes Passieren des selben 10 Pfennig nebst dem Straßenbahnschiffgeld von der Miete ab zu zahlen.

III. Jeder Unternehmer-Betrieb (Plattengeschäft) bildet einen besonderen Tarifgebiet.

Er erhält einen Umfang von drei bis fünf Kilometer Durchmesser.

Punkt 5. Entscheidung, ob die Firma Lohbeck verpflichtet ist, für in Oberhausen, Homburg, vor dem 10. Oktober 1906 ausgeführte Arbeiten die Zulagen für Außenarbeiten zu zahlen.

In Punkt 5: Die Firma Lohbeck ist nicht verpflichtet, die Zulagen für Außenarbeiten nachträglich zu zahlen, insbesondere auch deshalb nicht, weil die örtlichen Organisationen die Grenzen des Duisburger Tarifgebietes noch nicht festgelegt hatten.

Der Vorsitzende schloss hierauf um 7 Uhr 30 Minuten abende die Sitzung.

G. w. o.

Wiedfelder,

Vorsitzender,

Grebe,

Protokollführer.

Maurer.

St. Johann, Saarbrücken. Unsere diesjährige Bezirkstagskonferenz, die am 11. Februar im Gewerbehause zu St. Johann, Malstatt, tagte, war von 31 Delegierten besucht; außerdem hatten sich einige auswärtige Kollegen aus dem Saargebiet als Zuhörer eingefunden. Als Leiter der Konferenz wurde Kollege Baque-Kaiserslautern, als Schriftführer Kollege Schmitt-Bärenbach gewählt. Er eröffnete die Konferenz und begrüßte die Delegierten. Giani erhielt Kollege Brendel das Wort. Er gebärdete zunächst des Leiter alljährlich verstorbenen Kollegen Gößhardt, und erklärte die Anwesenden das Ende des Vertrags durch Schreiben von den Sizien. Die Mitteilung, daß Kollege Wieberg als Reichstagsabgeordneter gewählt sei, wurde mit stürmischen Beifall entgegengenommen. Da die Delegierten rückte Kollege Brendel die Bitte, jeder möge sich beschließen, die Konferenz zu einer belebenden und fruchtbringenden zu gestalten, besondere Wissenswerte, die an unserer Entwicklung hinderlich sind, werde er scharf kritisieren. Dies mögen auch die Kollegen tun, eine Zurückhaltung sei bei einer Konferenz nicht am Platze, auch eine offene Diskussion sei es möglich, miteinander für die Gesamtheit Erfreuliches zu leisten. Als erster Punkt kam zur Verhandlung: Zusammenfassung der Zahlstellen zu Verwaltungsstellen; einige Delegierte ließen sich von kleinlichen Gesichtspunkten leiten und glaubten Stellung beziehen zu müssen. Die Mehrzahl der Kollegen war jedoch dafür und wurde der Antrag auf Zusammenschluss der Zahlstellen gegen 2 Stimmen angenommen. Hierauf wurden einige Anträge auf Statutenänderung dem Tarifabend überreicht. In der Nachmittagsitzung erstattete Kollege Brendel den Bezirksbericht; darüber hinaus wurde die Befreiung einer lebhaften Debatte, besonders bezüglich der Tarifzulagen, besprochen; eine Anzahl Kollegen waren der Ansicht, die Beiträge müssten am Arbeitsort bezahlt werden, einige Kollegen waren dagegen. Auf Vorschlag des Bezirksleiters einzige man sich dahingehend, daß die Beiträge am Arbeitsort bezahlt werden müssen, bei besonderen Fällen sei es dem Bezirksleiter überlassen, Anerkennung einzutreten zu lassen. Ein Antrag auf Einführung eines 5 Pfennig-Bezirkszuschlags pro Woche wurde einstimmig angenommen. In den Bezirksvorstand wurden gewählt: Kollege Baque als 2. Vorstand, Kollege Adolf Jakobi-Malstatt, Schafft, 1. als Kassierer, Kollege Schiefer-Lötzig und Wahl-Hülschenhausen als beratende Mitglieder. Damit war die Tagesordnung erledigt. Kollege Brendel richtete in seinem Schlusswort an die Kollegen das Eruchen, sie mögen die Anregungen und Belehrungen der so schön verlaufenen Konferenz praktisch anwenden und dafür sorgen, daß die hier gesetzten Vorschriften zur Durchführung gelangen. Unermüdlich müsse jeder Delegierte möge sich diese schönen gewerkschaftlichen Tugenden aneignen, dann würde der Erfolg im begonnenen Jahre nicht ausbleiben. Hierauf wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die christlich-nationalen Arbeiterschaft geschlossen.

NB. Den Delegierten und Vorsitzenden der Tarifzahllstellen diene zur Kenntnis, daß die aufgenommene Statistik ergeben hat, daß in den Sondorten, die wir besetzt haben, noch 1021 imparitätsorganisierte Kollegen und 253 sozialdemokratisch organisierte Kollegen wohnen; mögen die Kollegen unter diesen eine tüchtige Agitation entfalten. Erfolgslos wird sie gewiß nicht sein.

Bremen. Unser am Dienstag stattgefundenen Generalversammlung erzielte sich eines guten Erfolges. Der Vorsitzende Kollege Sauerborn eröffnete dieselbe mit folgender Tagesordnung: 1. Aufnahme, 2. Jahresbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Wahl eines Delegierten zur Bezirkstagskonferenz in Göttingen.

Vorabendes. In Punkt 2 Jahresbericht erstattete Kollege Sauerborn ausführlichen Bericht über den Fortschritt unserer Zahlstellen und die Außenverhältnisse. Besonders hob er hervor, daß trotzdem wir im Jahre 1905 eine größere Mitgliedszahl aufzuweisen hatten, unsere Außenverhältnisse im Jahre 1906 doch bedeutend günstiger waren und ein Mehr von ungefähr 400 Mark gebracht haben. Dann stellte er noch kurz die Maßregelungen der einzelnen Kollegen im vorherigen Jahr und schloss mit der Aufforderung an die Kollegen, auch in diesem Jahre jetzt zusammenzuhalten und für das wohl und Gedanken unserer Zahlstellen tätig zu arbeiten. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: als 1. Vorsteher Kollege Sauerborn, Bielefeld; 2. als 1. Kassierer Kollege Friederich, Hövelstr. 140; als 1. Schriftführer Kollege Raiche, Hövelstr. 140; als 2. Schriftführer Kollege Bielefeld, Hövelstr. 140; Nach dem Vorstandswahl wurde zur Wahl eines Delegierten zur Bezirkstagskonferenz nach Göttingen geschriften. Hierzu wurde ein bestimmtes Kollege Sauerborn gewählt. Im Punkt Berichtshaben wurde in einer Runde die Maßregelung unseres zweiten Vorstehers, Kollegen Sauerborn, welche vor acht Tagen stattfand, zur Sprache gebracht. Es war seit 11 Jahren bei der Firma Bielefeld in Arbeit. In der vorherigen Woche fiel es nun den Kollegen auf einmal ein, nicht mehr mit Bielefeld, da er im öffentlichen Bereich ist, zusammenzuarbeiten. Die Firma Bielefeld ist geschlossen. In der vorherigen Woche

die Arbeit niedergelegen. Kollege Bräuer hörte nicht lange und kam an, daß die Herten Genossen, wie es aus obigem Schreiben hörbar ist, nur versuchen, durch Drohung die Arbeitgeber und untere Mitglieder einzuschüchtern resp. zum Verzicht zu bewegen, und ermahnte unsere Mitglieder doch ja fast zu flehen, und sich nicht einzuschüchtern zu lassen, sondern im Gegenteil noch fleißiger wie bisher zu agitieren, damit man durch eine große Mitgliedszahl einflußreicher und widerstandsfähiger werden. Hierauf teilte Kollege Sauerborn noch mit, daß man in den nächsten Tagen einen Bericht spiegeln für Bremen bringen und schloß mit einem Vogt auf unserer Ballhalle.

Sonsdorf. Am Sonntag, den 10. März, tagte bagien eine öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Maurerverbandes. In derselben waren alle verfügbaren freigestellten Kräfte des Wuppertales anwesend, um, wie der Bericht der Versammlung gesagt hat, die Christlichen wieder einmal tot zu rufen, obwohl sie doch genau wissen sollten, daß die verhängten Christlichen im vergangenen Decade einen soliden Lebenstrakt besitzen, daß sich schon ganz andere Geister die Bühne bauan ausgeissen haben, als wie die drei betannten Schößen aus dem Wuppertale. Es wurde nun dort in der bekannten Weise, weil man ja den Kollegen nicht mit Latschen dienen kann, wieder einmal recht verleumdet und verhetzt. Dieses veranlaßte unsere Kollegen, auf Sonntag, den 24. März, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um öffentlich diese Anschuldigungen zurückzuweisen. Dieselbe erfreute sich denn auch eines recht zahlreichen Besuches. Wer nun geglaubt hätte, die Herten Genossen würden sich zu dieser Versammlung einführen, um ihre Behauptungen bei uns zu wiederholen, der erlebte eine Enttäuschung; ja, es zeigte, als ob man den Kollegen vom sozialdemokratischen Maurerverband sogar verboten hätte die Versammlung zu besuchen, jedenfalls damit sie ja nicht die Wahrschafft erfahren sollten; auch von den bekannten Schößen hat sich keiner eingefunden, obwohl die Versammlung zu einer Zeit stattfand, wo doch einer dieser beiden hätte Zeit finden können. Damit ist wieder einmal der Beweis gefestigt, daß Behauptungen leicht aufzustellen sind, es mit den Beweisen aber anders aussieht. Unsere Kollegen waren nicht zu feige, in der roten Versammlung sofort gegen die unwahren Behauptungen zu protestieren und das Wort hierzu zu ergreifen. Zum ersten Thema unserer Tagesordnung: Der Gegenjahr zwischen christlichen und freien Gewerkschaften war an Stelle des berüchtigten Kollegen Range der Kollege Prüm aus Remscheid erläutert, welcher in seinem Vortrage den Gegensatz zwischen der christlichen und materialistischen Weltanschauung treffend den Kollegen vorführte. Ganz besonders hob er hervor, daß nachdem die freien Gewerkschaften es offen bekannt haben, daß sie mit der sozialdemokratischen Partei ein Herz und eine Seele sind, es dem christlichen Arbeiter eine reine Unmöglichkeit sei sich einem solchen Verband anzuschließen. Zu bedauern sei daher, daß es noch viele christliche Arbeiter gäbe, die trotzdem sie diese Gesinnungslosigkeit für Tag erfahren, doch noch dort gegen ihre Überzeugung die sozialistische Bewegung unterstützen. Es mußte endlich einmal, nachdem der Sozialist der angeblichen Rechtspartei gefallen sei, dem Arbeiter klar sein, wie er sich zu organisieren habe. Der materialistisch denkende Arbeiter möge sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften angeschließen, aber von dem sozialistisch denkenden Arbeiter müssen verlangen, daß er sich dort organisiert, wo auch seine religiöse und politische Überzeugung gewahrt bleibe. Das zweite Thema: Die Wahrschafft über die Beleidigungen und Verleumdungen des freien Gewerkschaftspaares gegen die sozialistische Gewerkschaft hatte unser Kollege Klemm, Kollege Kreuz aus Oberberg, übernommen. Derselbe erklärte, wie man von Befreiung an durch unzählige Verleumdungen, Verleumdungen und Beleidigungen es von sozialdemokratischer Seite verhindert wurde, die soziale Gewerkschaft zur Reise zu erspielen; man habe sie zugeschoben und auch töricht gemacht, und der große Schöpfer des Prophete im Jahre 1906 klagt, daß die materialistischen Gewerkschaften auf der letzten verhängten Stunde herumhumpeln. Erstens geht es lustig weiter und haben wir bedeutende Erfolge aufzuweisen. Der Name des Bergkreises mit den freien Gewerkschaften voll und ganz zu erhalten, wie wir auch schon die Durch-Dürkheimer Gewerkschaft weit überwiegelt haben. Auch das Südpfälzer, mit hätten kein Geld, widerlegte der Referent treffend und gab hervor, daß wir die Beiträge unserer Mitglieder auch zu ihrem Wohle anwenden, aber nicht darauf, daß wir für eine politische Partei tüchtig hätten, die dann die Arbeiterschaften schädigt. Der Referent ging dann noch auf das einzelne Gewerkschaften im Bergkreis ein, freilich ohne die Gruppe der freien Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien, belehrte die Laien der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften im Gegensatz zu ihren Aussprachungen im königlichen Saal. Es behaupte, daß die Sozialdemokratie durch das Scheitern der materialistischen Weltanschauung die Gesplitterung in die deutliche Arbeiterschaft hervorgerufen habe. Der reiche Beifall, der den beiden Referenten gesollt wurde, sollte auch die Aufmerksamkeit, mit der man den Rednern folgte, beweisen, daß den Kollegen aus dem Bergkreis geholfen worden war. Da die amhende Zusammensetzung der Kollegen sehr wenig Sozialist und Sozialdemokrat beteiligt waren, war eine außerordentlich lebhafte und verhandlungsreiche Diskussion, die großartigere Worte der sozialistischen Redniter durch Beispiele quellten zu beleuchten. Folgende war dem Kollegen Range eingesetzte Resolution und einstimmige Abstimmung: „Die am 24. März 1907 im Hotel bei Hotel Rautenberg befindende öffentliche Versammlung des Centralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhelferarbeiter Sachsenlands beschließt mit der allgemeinen Meinung der Befreiung des sozialdemokratischen Gewerkschaften aus der sozialdemokratischen Gewerkschaft und der Befreiung der sozialdemokratischen Gewerkschaft aus der sozialistischen Gewerkschaft.“

Die Befreiung der sozialdemokratischen Gewerkschaft aus der sozialistischen Gewerkschaft ist eine sehr wichtige Resolution, die wir hierfür danken möchten. Der Berichterstatter gesollt wurde, sowie auch die Aufmerksamkeit, mit der man den Rednern folgte, beweisen, daß den Kollegen aus dem Bergkreis geholfen worden war. Da die amhende Zusammensetzung der Kollegen sehr wenig Sozialist und Sozialdemokrat beteiligt waren, war eine außerordentlich lebhafte und verhandlungsreiche Diskussion, die großartigere Worte der sozialistischen Redniter durch Beispiele quellten zu beleuchten. Folgende war dem Kollegen Range eingesetzte Resolution und einstimmige Abstimmung: „Die am 24. März 1907 im Hotel bei Hotel Rautenberg befindende öffentliche Versammlung des Centralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhelferarbeiter Sachsenlands beschließt mit der allgemeinen Meinung der Befreiung des sozialdemokratischen Gewerkschaften aus der sozialdemokratischen Gewerkschaft und der Befreiung der sozialdemokratischen Gewerkschaft aus der sozialistischen Gewerkschaft.“

Die Befreiung der sozialdemokratischen Gewerkschaft aus der sozialistischen Gewerkschaft ist eine sehr wichtige Resolution, die wir hierfür danken möchten. Der Berichterstatter gesollt wurde, sowie auch die Aufmerksamkeit, mit der man den Rednern folgte, beweisen, daß den Kollegen aus dem Bergkreis geholfen worden war. Da die amhende Zusammensetzung der Kollegen sehr wenig Sozialist und Sozialdemokrat beteiligt waren, war eine außerordentlich lebhafte und verhandlungsreiche Diskussion, die großartigere Worte der sozialistischen Redniter durch Beispiele quellten zu beleuchten. Folgende war dem Kollegen Range eingesetzte Resolution und einstimmige Abstimmung: „Die am 24. März 1907 im Hotel bei Hotel Rautenberg befindende öffentliche Versammlung des Centralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhelferarbeiter Sachsenlands beschließt mit der allgemeinen Meinung der Befreiung des sozialdemokratischen Gewerkschaften aus der sozialistischen Gewerkschaft.“

Die Befreiung der sozialdemokratischen Gewerkschaft aus der sozialistischen Gewerkschaft ist eine sehr wichtige Resolution, die wir hierfür danken möchten. Der Berichterstatter gesollt wurde, sowie auch die Aufmerksamkeit, mit der man den Rednern folgte, beweisen, daß den Kollegen aus dem Bergkreis geholfen worden war. Da die amhende Zusammensetzung der Kollegen sehr wenig Sozialist und Sozialdemokrat beteiligt waren, war eine außerordentlich lebhafte und verhandlungsreiche Diskussion, die großartigere Worte der sozialistischen Redniter durch Beispiele quellten zu beleuchten.

Die Befreiung der sozialdemokratischen Gewerkschaft aus der sozialistischen Gewerkschaft ist eine sehr wichtige Resolution, die wir hierfür danken möchten. Der Berichterstatter gesollt wurde, sowie auch die Aufmerksamkeit, mit der man den Rednern folgte, beweisen, daß den Kollegen aus dem Bergkreis geholfen worden war. Da die amhende Zusammensetzung der Kollegen sehr wenig Sozialist und Sozialdemokrat beteiligt waren, war eine außerordentlich lebhafte und verhandlungsreiche Diskussion, die großartigere Worte der sozialistischen Redniter durch Beispiele quellten zu beleuchten.

So auch in Sachsen führten diese Verhandlungen zu Verbesserung, und auch der Einfluß, den mir durch den Zusammenhang läuft, haben Kollegen sowohl erreichen werden können. Den Unternehmen haben wir bereits unter Verhandlungen eingehen lassen, welche oben bis heute unbewilligt blieben. Eine solche und keine gute Basis kann ja haben, aber daraus ist nachher noch etwas Dampf dahinter gehen müssen. Und die Unternehmen müssen doch auch mit uns rechnen, daher kann man nur hoffen, die Arbeitnehmer sind dies als organisierte Arbeiter keine Erfolgsaussicht, kann man den Erfolg nicht ausbleiben.

Wiesbaden, 12. April. Gestern abend fand in unserem Verbandslokal bei Witte Schmidt, Niederrhein, eine Versammlung statt, welche von den Kollegen höchst besucht war. Es ist doch dringend notwendig, wenn wir unsere Lage verbessern wollen, die Versammlungen stets zu besuchen aus folgenden Gründen: erstens, da wir hier gerade vor der Gewerbegegenwohl stehen; zweitens, da unter Karif im nächsten Jahre abläuft. Wir müssen uns schulen und ausbilden und dieses können wir nur, wenn regelmäßig die Versammlungen besucht werden, welche alle 14 Tage bei Witte Schmidt (Niederrhein) stattfinden. Kollegen! Nehmt euch von nun an vor, jetzt die Versammlung zu besuchen, denn es ist höchst wichtig, wenn Kollege Meier aus Düsseldorf und Kollege Schmidt, Arbeiterschule in Neukirchen, Ihre wichtigen Vorlesungen halten und nur so wenige leichten Wortschatz Gehör.

Aus dem Verbandsgebiet.

Die Gültigkeit des Tarifvertrages für nichtorganisierte Arbeiter.

Ein längerer Zeit hat das Essener Einigungsamt für das Baugewerbe eine Entscheidung getroffen, nach welcher der im Jahre 1905 abgeschlossene Tarifvertrag für die Bauarbeiter auch für solche Arbeiter Gültigkeit hat, welche nicht den vertragsschließenden Arbeitergesellschaften angehören, vorausgesetzt natürlich, daß diese von einem Mitgliede des Unternehmerverbands bestätigt werden, der diesen Vertrag abgeschlossen hat. Einzelnen haben eine Reihe von Gewerbeberichten sich ebenfalls mit der Frage beschäftigt. Ihre Entscheidungen kann man daher zusammenfassen, daß sie auf dem Standpunkt stehen, ein zwischen den Betrieben der Unternehmer und Arbeiter geschlossener Tarifvertrag hat ohne weiteres Gültigkeit für jeden Arbeiter, der von einem Mitgliede dieser Unternehmerverbände beschäftigt wird. So urteilten beständig die Gewerbeberichte München, Dortmund, Elsen und Hamm und plädierten damit der Ansicht des Essener Einigungsamtes bei. Dortmund geht noch weiter und bestimmt die Bedingungen eines Tarifvertrages als offiziell, wenn er von der Mehrheit der Unternehmer abgeschlossen ist. Vorausgesetzt ist hierbei natürlich, daß eine Vereinbarung tarifmäßiger Arbeitsbedingungen nicht stattgefunden hat. Eine Richtsatz kostet den Tarifvertrag bis jetzt noch nicht inne, da sie vom Steuergericht den Paragraphen 162 und 163 G. V. bezeichneten Vereinigungen und Verabredungen zugestellt werden. Aus diesem Grunde verlangen die organisierten Arbeiter eine gesetzliche Grundlage und Regelung der corporativen Arbeitsverträge.

Eine Schadensersatzklage

wegen Vertragsbruch ist vor dem Gewerbegericht in Krefeld am 25. März zur Verhandlung gekommen und hat mit der Verurteilung von etwa 50 Ansprechgehilfen zu je 18 Mark Schadensstrafe geendet.

Die dortigen sozialdemokratischen organisierten Anstreichergruppen waren ohne Einhaltung der 14-tägigen Fristabgabefrist in den Zustand getreten. Die Meister hatten deshalb gegen die Zuständigen Klage erhoben, und zwar verlangten sie von ungefähr 15 Gehilfen je 18 Mark Schadensstrafe. Der Vertreter der Gehilfen führte aus, daß die Zuständigen zum Vertragsbruch bereitgestellt gewesen seien, weil in diesem Falle die Bestimmung des Paragraphen 124 Abs. 3 der Gewerbeordnung jatte, wonach jemand an einen Vertrag nicht mehr gebunden ist, wenn man ihm zu einer Handlung verleiten will, die gegen das Gesetz oder die guten Sitten verstößt. Der Arbeitgeberverband der Skaler und Anstreicher Rheinlands und Westfalens habe mit den Gehilfen wegen eines neuen Tariffs in Unterhandlung gestanden. Der Tarif habe aber die Bestimmung enthalten, daß es außer Kraft gesetzt werden und möglich sein sollte, falls in irgend einem Orte im Bereich des Arbeitgeberverbandes von Gehilfen Vertragsbruch begangen werde. Von den Gehilfen wurde somit der Abschluß eines Vertrages verlangt, der ohne Verschulden der heisigen Gehilfen außer Acht gelassen werden könnte. Das verstoße aber gegen die guten Sitten. Demgegenüber wiesen die Arbeitgeber darauf hin, daß einstweilen nur Vorschläge zu dem neuen Tarif gemacht worden seien. Man habe die Gehilfen lediglich aufgefordert, ihre Wünsche zu äußern. Nachdem der erwartete Vorschlag gemacht worden sei, hätten die Gehilfen überhaupt keine Antwort gegeben. Sie seien vielmehr ohne weiteres ausstimmt worden. Das Gericht hat der Ansicht, daß die Meister mehr auf die Gehilfen einen ungültigen Einfluß ausübt hätten, noch daß in dem Vorschlag eine ungültige Form erblieb werden könnte. Ferner erachtete das Gerichterhof nicht als seitgehend, daß der Vertragsvorschlag, der übrigens ganz außerhalb des Rahmen des bestehenden Vertrages gefunden habe, gegen die guten Sitten verstößt. Aus diesen Gründen wurde jeder der Befragten zu 18 Mark Schadensstrafe verurteilt. Für alle Arbeiter wieder eine dringliche Mahnung, etwaige Fristabgabefristen stets einzuhalten und nicht small und fall die Broden hinzuliefern, wie es leider noch allzuoft geschieht.

Literarisches.

Die öffentlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in der Volksbewegung und im öffentlichen Leben. Dieses Thema wurde bekanntlich vom Kollegen Gieseler auf dem Kongress der öffentlichen Gewerkschaften in Dresden behandelt. Der Kongress befand, daß Sekretär in Reichsform herauszugeben. Soeben ist diese Broschüre erschienen. Das Sekretariat ist in Berlin, durch die in der Diskussion hervergeleiteten wichtigen Gewerkschaften, sowie durch ein umfangreiches Buch mit einer Reihe von 50 Seiten darin. Die Broschüre kostet 50 Pfennig. Darin ist die Wichtigkeit der öffentlichen Gewerkschaften sowie eine Wissensquelle hergeholt, die zu 10 Pfennig kostet.

Der öffentlichen Gewerkschaften sollte sich ein Exemplar beschaffen, da dies die erste kleine Broschüre ist, die als Orientierung des Kommunismus der öffentlichen Gewerkschaften angesehen ist. Die Broschüre ist nach folgenden Seiten zusammengestellt:

1. Wie ist die öffentliche Gewerkschaft? 2. Wie ist die öffentliche Gewerkschaft in der Arbeiterbewegung. Die öffentlichen Gewerkschaften der Arbeiterbewegung und ihre Freiheit. 3. Die Gewerkschaften und Gewerkschaften sind eins. 4. Das öffentliche Gewerkschaftslement in der Arbeiterbewegung. 5. Die öffentlichen Gewerkschaften und Gewerkschaften.

II. Wie ist die öffentliche Gewerkschaft? 3. Wie ist die öffentliche Gewerkschaft in der Arbeiterbewegung. Die öffentlichen Gewerkschaften und Gewerkschaften sind eins. 4. Das öffentliche Gewerkschaftslement in der Arbeiterbewegung. 5. Die öffentlichen Gewerkschaften und Gewerkschaften.

III. Wie ist die öffentliche Gewerkschaft? 3. Wie ist die öffentliche Gewerkschaft in der Arbeiterbewegung. Die öffentlichen Gewerkschaften und Gewerkschaften sind eins. 4. Das öffentliche Gewerkschaftslement in der Arbeiterbewegung. 5. Die öffentlichen Gewerkschaften und Gewerkschaften.

der Rohmasse in der Volkswirtschaft. Die Gewerkschaftsbewegung ist kein Hindernis für Fortentwicklung der Volkswirtschaft. Zusammengehen der antisozialen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die wirklichen Gewerkschaften für eine friedliche Wirkung der Volkswirtschaft.

III. Wie ist die öffentliche Gewerkschaft? 3. Wie ist die öffentliche Gewerkschaft in der Arbeiterbewegung. Die öffentlichen Gewerkschaften und Gewerkschaften sind eins. 4. Das öffentliche Gewerkschaftslement in der Arbeiterbewegung. Die öffentlichen Gewerkschaften und Gewerkschaften sind eins. 5. Das öffentliche Gewerkschaftslement in der Arbeiterbewegung.

IV. Ein Nachwort. Die öffentlichen Gewerkschaften und Gewerkschaften sind eins. 4. Das öffentliche Gewerkschaftslement in der Arbeiterbewegung. Die öffentlichen Gewerkschaften und Gewerkschaften sind eins. 5. Das öffentliche Gewerkschaftslement in der Arbeiterbewegung.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die 4. Generalversammlung hat beschlossen der Aufnahme Versammlungsangelegenheiten im Verbandsorgan beschlossen: Versammlungsangelegenheiten sollen nur dann im Versammlungsangelegenheiten, wenn sie jedesmal schriftlich beantragt werden.

Diese Bestimmung tritt für die Nummer 19 zuerst in Verwaltungsstellen und Zahlstellen, welche in der selben und folgenden Nummern angezeigt aufgenommen haben wollen, den Betrag rechtzeitig einzahlen. Eine Anzeige nimmt gewöhnlich zwei Zeilen in Anspruch. Die Einsendung des Beitrages ist bei Postanstalten erfolgen. In letzterem kann die Anzeige auf dem Postabschnitt vermerkt werden.

Bezüglich der Anstellung von Lokalbeamten: beschlossen Generalversammlung: Lokalbeamte dürfen nur mit Zustimmung des Zentralvorstandes angestellt werden. Ihre Anstellung zunächst für ein Jahr probatorisch. Nach dieser Frist braucht dieselben einer Rewahl nicht mehr zu unterziehen. Eine Kündigung ist nur mit Zustimmung des Zentralvorstandes zu tun. Das Gehalt der Lokalbeamten soll nicht unter 1800 M. belaufen. Alljährlich ist denselben eine Steigerung von 80 M. zugesetzt. Nach Beendigung des ersten Dienstjahrs sind die Beamten in den Unterstützungsfonds der Beamten der christlichen Arbeiterbewegung zu versichern. Die Beiträge hat je zur Hälfte die Beamte und die Zentralfazie des Verbandes zu tragen. Alle seitherigen gegen diese Gage verschaffenden Abmacungen ungültig.

Bekanntmachungen.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 87 878, auf Hermann Wörthnam von der Verwaltungsstelle Würzburg. Daselbe wird hiermit für erloschen erklärt.

Versammlungskalender.

Sonntag, den 28. April.
Krefeld. 8 U. b. Gebäu.
Krefeld. (W.) 11 U. b. Wehrheide.
Lüdenscheid. 8 U. b. Wehrheide.
Geseke. (Siegen) 8 U. b. Schwanenkämper.
Hochsauerland. 8 U. b. Schuhmacher.
Königswinter. 8 U. b. Roh.
Erlangen. 8 U. b. Kathol. Gemeindehaus.
Sankt. 8 U. b. Kriegs.

Mittwoch, den 30. April.
München. (St.) 8 U. b. Posten. Bielefeld.
Cassel. (Siegen) 8 U. b. Gold. Löwen.
Wittgenstein. 8 U. b. Wittgenstein.
Paderborn. Domkirche.
Hammer. 8 U. b. Domkirche.
Gronau. 8 U. b. Domkirche.
Bielefeld. 8 U. b. Domkirche.
Dortmund. 8 U. b. Domkirche.
Wuppertal. 8 U. b. Domkirche.
Düsseldorf. 8 U. b. Domkirche.
Bonn. 8 U. b. Domkirche.
Aachen. 8 U. b. Domkirche.
Köln. 8 U. b. Domkirche.

Donnerstag, den 1. Mai.
Gütersloh. 8 U. b. Biedenkopf.
Münster. 8 U. b. Biedenkopf.
Bielefeld. 8 U. b. Biedenkopf.
Düsseldorf. 8 U. b. Biedenkopf.
Wuppertal. 8 U. b. Biedenkopf.
Dortmund. 8 U. b. Biedenkopf.
Bonn. 8 U. b. Biedenkopf.
Aachen. 8 U. b. Biedenkopf.
Köln. 8 U. b. Biedenkopf.
Köln. 8 U. b. Biedenkopf.
Wuppertal. 8 U. b. Biedenkopf.
Düsseldorf. 8 U. b. Biedenkopf.
Bonn. 8 U. b. Biedenkopf.
Aachen. 8 U. b. Biedenkopf.
Köln. 8 U. b. Biedenkopf.

Freitag, den 2. Mai.
Berlin. (Vilem) 8 U. b. Biedenkopf.
Wuppertal. 8 U. b. Biedenkopf.
Bielefeld. 8 U. b. Biedenkopf.
Düsseldorf. 8 U. b. Biedenkopf.
Wuppertal. 8 U. b. Biedenkopf.
Dortmund. 8 U. b. Biedenkopf.
Bonn. 8 U. b. Biedenkopf.
Aachen. 8 U. b. Biedenkopf.
Köln. 8 U. b. Biedenkopf.
Wuppertal. 8 U. b. Biedenkopf.
Düsseldorf. 8 U. b. Biedenkopf.
Bonn. 8 U. b. Biedenkopf.
Aachen. 8 U. b. Biedenkopf.
Köln. 8 U. b. Biedenkopf.

Samstag, den 3. Mai.
Bielefeld. 8 U. b. Biedenkopf.
Wuppertal. 8 U. b. Biedenkopf.
Düsseldorf. 8 U. b. Biedenkopf.
Bonn. 8 U. b. Biedenkopf.
Aachen. 8 U. b. Biedenkopf.
Köln. 8 U. b. Biedenkopf.

Sonntag, den 4. Mai.
Gießen. 8 U. b. Biedenkopf.
Düsseldorf. 8 U. b. Biedenkopf.
Bonn. 8 U. b. Biedenkopf.
Aachen. 8 U. b